

Der Streit um die Antisemitismus-Erklärung im Bundestag  
oder  
Was hat der Reformationstag am 31. Oktober  
mit der Reichspogromnacht vom 9. 11. 1938 zu tun?

(Ein Wort an die Mitglieder des Deutschen Bundestages)

von

Tristan Abromeit

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

2. und 3. November 2008

Anhang 1

**Text 66.2**

Beschlüsse des Bundestages zum Antisemitismus  
Mitteilung des BT zur Pogromnacht des 9. November 1938  
CDU: Linke kein Partner im Kampf gegen Antisemitismus  
Bericht von *FOCUS* zu den Beschlüssen  
Gemeinsame Erklärung der Bischöfe

9. November 2008

## Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Über sechs Jahrzehnte nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland und 70 Jahre nach den Schrecken der Reichspogromnacht am 9. November 1938 hat jüdisches Leben in Deutschland wieder neue Wurzeln geschlagen. Der Aufschwung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Deutschland ist ein Grund zu großer Freude. Neben Kindergärten, Schulen und anderen sozialen und kulturellen Einrichtungen dokumentiert insbesondere der Aufbau neuer Synagogen diese positive Entwicklung. Dank gebührt den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die den Wiederaufbau von Synagogen ermöglicht haben.

Staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen zeigen großes Engagement in der Bekämpfung des Antisemitismus' und der Förderung jüdischen Lebens in Deutschland. Der Deutsche Bundestag begrüßt die institutionelle und finanzielle Förderung des Judentums in all seiner Vielfalt durch den Bund, die Länder und Kommunen, insbesondere den neuen Staatsvertrag zwischen dem Zentralrat der Juden in Deutschland und dem Bund über die erhöhte Förderung der Arbeit des Zentralrats, sowie die Förderung des Abraham-Geiger-Kollegs durch das Bundesministerium des Innern und die Kultusministerkonferenz.

Trotz dieser Fortschritte ist Antisemitismus noch immer ein ernst zu nehmendes gesellschaftliches Problem in Deutschland, das vereinzelt selbst bei Sportereignissen zu beobachten ist. Sämtliche jüdischen Einrichtungen in Deutschland werden besonders gesichert und stehen oftmals unter dauerhaftem Polizeischutz. Jahr um Jahr werden in Deutschland Straftaten begangen, die sich gegen Jüdinnen und Juden richten. Im Jahr 2007 wurden laut Verfassungsschutzbericht 1541 antisemitische Straftaten registriert; darunter waren 59 Gewalttaten.

Grund zur Sorge gibt, dass Antisemitismus in allen Schichten der Bevölkerung zu finden ist. Oft geht er mit Antiamerikanismus und Antizionismus einher.

Die Solidarität mit Israel ist ein unaufgebbarer Teil der deutschen Staatsräson. Wer an Demonstrationen teilnimmt, bei denen Israelfahnen verbrannt und antisemitische Parolen gerufen werden, ist kein Partner im Kampf gegen den Antisemitismus. Die Solidarisierung mit terroristischen und antisemitischen Gruppen wie der Hamas und der Hisbollah sprengt den Rahmen zulässiger Kritik an der israelischen Politik.

Neue Formen des Antisemitismus treten zunehmend in der islamistischen Gedankenwelt auf. Dieser arabische und islamische Antisemitismus ist eine globale Gefahr. Erwähnt seien nur die Reden des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad, der in Reden immer wieder die „Tilgung Israels von der Landkarte“ fordert.

Antisemitismus ist aber kein auf den politischen Extremismus begrenztes Phänomen und muss konsequent und auf breiter Front von Staat und Zivilgesellschaft bekämpft und in seiner Verbreitung gehemmt werden.

Eine besondere Beachtung sollte dabei den Lehrplänen in den Schulen zukommen. Neben der Vermittlung von Geschichtsbewusstsein und dem bewussten Umgang mit historischem Wissen geht es auch um ethische Erziehung. Die Ablehnung des Antisemitismus darf nicht nur erlernt werden, sondern sie muss auch verinnerlicht werden. So können Jugendliche und Kinder gegen antisemitische Einstellungen immunisiert und Werte wie Menschenwürde und demokratisches Bewusstsein verankert werden.

Darüber hinaus ist es von außerordentlicher Bedeutung, umfassende Kenntnisse über die Funktionsbedingungen unserer Demokratie zu vermitteln. Damit sollen Jugendlichen Elemente der Demokratie und ihre herausragende Bedeutung für die Grundfreiheiten, die freie Selbstbestimmung und Willensbildung sowie Willensbetätigung begreiflich gemacht werden. Ziel ist es, dass sich junge Menschen bewusst und aus eigenem Antrieb von auf Vorurteilen basierenden feindlichen Haltungen distanzieren.

Bei einem Expertenforum zu Antisemitismus am 25. Januar 2008 im Bundestag sprach die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel von der wichtigen politischen Aufgabe "Antisemitismus und Gewalt wirklich zu ächten und das auch der jungen Generation durch eigenes Handeln sehr, sehr deutlich zu machen".

Denn Antisemitismus stellt nicht nur eine Gefahr für unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger dar, sondern auch für unsere grundlegenden Werte der Demokratie, der Vielfalt sowie der Achtung und Wahrung der Menschenrechte.

Angesichts leider immer noch stark verbreiteter antisemitischer Vorurteile in der Bevölkerung, dem hohen Aufkommen antisemitischer Hetze im Internet, der unverändert hohen Zahl antisemitisch motivierter Straftaten sowie dem Fortbestand antisemitischer Mythen und Klischees im öffentlichen Diskurs ist es unabdingbar, den Ursachen und Symptomen des Antisemitismus mit unvermindertem Einsatz zu begegnen.

Hierzu ist ein langer Atem erforderlich. Vom Bund finanziell unterstützte Projekte gegen den Antisemitismus können deshalb nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn sie gesamtgesellschaftliche Unterstützung erfahren und längerfristig finanziert sind. Modellprojekte, welche sich im Kampf gegen den Antisemitismus bewährt haben, sollten finanziell dauerhaft abgesichert sein.

Die Gefahren des Antisemitismus waren deshalb wiederholt Thema in Debatten des Deutschen Bundestages und der Befassung in Gremien, zuletzt in einer öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 16. Juni 2008. Gegenstand war u.a. die regelmäßige Erstellung eines Antisemitismusberichtes.

## II. Der Deutsche Bundestag beschließt,

die Berücksichtigung und Verwendung der Arbeitsdefinition von Antisemitismus des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte für die Arbeit staatlicher Behörden zu empfehlen.

## III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, das jüdische Leben in Deutschland in all seinen Ausprägungen weiterhin intensiv politisch zu unterstützen und zu schützen, indem

1. ein Expertengremium aus Wissenschaftlern und Praktikern beauftragt wird, in regelmäßigen Abständen einen Bericht zum Antisemitismus in Deutschland zu erstellen und dabei Empfehlungen zu geben, wie Programme zur Bekämpfung von Antisemitismus entwickelt und weiterentwickelt werden können;
2. der Aufbau und die Pflege jüdischer akademischer, kultureller und gesellschaftlicher Institutionen mit Haushaltsmitteln des Bundes gefördert werden, z. B. der Aufbau der Hebraic Graduate School of Europe in Berlin;
3. dafür geworben wird, dass Lehrpläne in Schulen um Themen zum jüdischen Leben, zur jüdischen Geschichte und zum heutigen Israel erweitert werden und daneben weitere Kenntnisse für ein Demokratieverständnis vermittelt werden, das Kinder und Jugendliche selbstbewusst und frei von judenfeindlichen Einstellungen handeln lässt;
4. geprüft wird, ob die bestehenden Bundesprogramme gegen Antisemitismus den Schutz von Opfern antisemitischer Straftaten ausreichend berücksichtigen und indem die Bundesprogramme auch in diesem Sinne erweitert und verstärkt werden. Dabei ist auch im ersten Quartal 2009 zu prüfen, wie die Finanzierung besonders wichtiger und erfolgreicher Modellprojekte gegen Antisemitismus dauerhaft abgesichert werden kann;
5. die Bemühungen intensiviert werden, um auf ein Ende der Verbreitung anti-israelischer und antisemitischer Propaganda in Deutschland über Drittstaaten-Satelliten hinzuwirken.

## IV. Der Deutsche Bundestag verpflichtet sich erneut,

jeder Form des Judenhasses und des Antisemitismus' schon im Entstehen in aller Konsequenz entschlossen zu begegnen. Wir sind glücklich darüber, wieder jüdisches Leben und jüdische Kultur in Deutschland zu haben. Ein starkes und vielfältiges Judentum wird das Zusammenleben in Deutschland und Europa reicher und den Zusammenhalt in Europa fester machen.

Berlin, den 4. November 2008

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion**  
**Dr. Peter Struck und Fraktion**  
**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**  
**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

**Antrag**  
der Fraktion DIE LINKE.

**Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben  
in Deutschland weiter fördern**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Über sechs Jahrzehnte nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland und 70 Jahre nach den Schrecken der Reichspogromnacht am 9. November 1938 hat jüdisches Leben in Deutschland wieder neue Wurzeln geschlagen. Der Aufschwung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Deutschland ist ein Grund zu großer Freude. Neben Kindergärten, Schulen und anderen sozialen und kulturellen Einrichtungen dokumentiert insbesondere der Aufbau neuer Synagogen diese positive Entwicklung. Dank gebührt den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die den Wiederaufbau von Synagogen ermöglicht haben.

Staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen zeigen großes Engagement in der Bekämpfung des Antisemitismus' und der Förderung jüdischen Lebens in Deutschland. Der Deutsche Bundestag begrüßt die institutionelle und finanzielle Förderung des Judentums in all seiner Vielfalt durch den Bund, die Länder und Kommunen, insbesondere den neuen Staatsvertrag zwischen dem Zentralrat der Juden in Deutschland und dem Bund über die erhöhte Förderung der Arbeit des Zentralrats, sowie die Förderung des Abraham-Geiger-Kollegs durch das Bundesministerium des Innern und die Kultusministerkonferenz.

Trotz dieser Fortschritte ist Antisemitismus noch immer ein ernst zu nehmendes gesellschaftliches Problem in Deutschland, das vereinzelt selbst bei Sportereignissen zu beobachten ist. Sämtliche jüdischen Einrichtungen in Deutschland werden besonders gesichert und stehen oftmals unter dauerhaftem Polizeischutz. Jahr um Jahr werden in Deutschland Straftaten begangen, die sich gegen Jüdinnen und Juden richten. Im Jahr 2007 wurden laut Verfassungsschutzbericht 1541 antisemitische Straftaten registriert; darunter waren 59 Gewalttaten.

Grund zur Sorge gibt, dass Antisemitismus in allen Schichten der Bevölkerung zu finden ist. Oft geht er mit Antiamerikanismus und Antizionismus einher.

Die Solidarität mit Israel ist ein unaufgebbarer Teil der deutschen Staatsräson. Wer an Demonstrationen teilnimmt, bei denen Israelfahnen verbrannt und antisemitische Parolen gerufen werden, ist kein Partner im Kampf gegen den Antisemitismus. Die Solidarisierung mit terroristischen und antisemitischen Gruppen wie der Hamas und der Hisbollah sprengt den Rahmen zulässiger Kritik an der israelischen Politik.

Neue Formen des Antisemitismus treten zunehmend in der islamistischen Gedankenwelt auf. Dieser arabische und islamische Antisemitismus ist eine globale Gefahr. Erwähnt seien nur die Reden des iranischen Präsident Mahmud Ahmadi-Nejad, der in Reden immer wieder die „Tilgung Israels von der Landkarte“ fordert.

Antisemitismus ist aber kein auf den politischen Extremismus begrenztes Phänomen und muss konsequent und auf breiter Front von Staat und Zivilgesellschaft bekämpft und in seiner Verbreitung gehemmt werden.

Eine besondere Beachtung sollte dabei den Lehrplänen in den Schulen zukommen. Neben der Vermittlung von Geschichtsbewusstsein und dem bewussten Umgang mit historischem Wissen geht es auch um ethische Erziehung. Die Ablehnung des Antisemitismus darf nicht nur erlernt werden, sondern sie muss auch verinnerlicht werden. So können Jugendliche und Kinder gegen antisemitische Einstellungen immunisiert und Werte wie Menschenwürde und demokratisches Bewusstsein verankert werden.

Darüber hinaus ist es von außerordentlicher Bedeutung, umfassende Kenntnisse über die Funktionsbedingungen unserer Demokratie zu vermitteln. Damit sollen Jugendlichen Elemente der Demokratie und ihre herausragende Bedeutung für die Grundfreiheiten, die freie Selbstbestimmung und Willensbildung sowie Willensbetätigung begreiflich gemacht werden. Ziel ist es, dass sich junge Menschen bewusst und aus eigenem Antrieb von auf Vorurteilen basierenden feindlichen Haltungen distanzieren.

Bei einem Expertenforum zu Antisemitismus am 25. Januar 2008 im Bundestag sprach die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel von der wichtigen politischen Aufgabe "Antisemitismus und Gewalt wirklich zu ächten und das auch der jungen Generation durch eigenes Handeln sehr, sehr deutlich zu machen".

Denn Antisemitismus stellt nicht nur eine Gefahr für unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger dar, sondern auch für unsere grundlegenden Werte der Demokratie, der Vielfalt sowie der Achtung und Wahrung der Menschenrechte.

Angesichts leider immer noch stark verbreiteter antisemitischer Vorurteile in der Bevölkerung, dem hohen Aufkommen antisemitischer Hetze im Internet, der unverändert hohen Zahl antisemitisch motivierter Straftaten sowie dem Fortbestand antisemitischer Mythen und Klischees im öffentlichen Diskurs ist es unabdingbar, den Ursachen und Symptomen des Antisemitismus mit unvermindertem Einsatz zu begegnen.

Hierzu ist ein langer Atem erforderlich. Vom Bund finanziell unterstützte Projekte gegen den Antisemitismus können deshalb nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn sie gesamtgesellschaftliche Unterstützung erfahren und längerfristig finanziert sind. Modellprojekte, welche sich im Kampf gegen den Antisemitismus bewährt haben, sollten finanziell dauerhaft abgesichert sein.

Die Gefahren des Antisemitismus waren deshalb wiederholt Thema in Debatten des Deutschen Bundestages und der Befassung in Gremien, zuletzt in einer öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 16. Juni 2008. Gegenstand war u.a. die regelmäßige Erstellung eines Antisemitismusberichtes.

## II. Der Deutsche Bundestag beschließt,

die Berücksichtigung und Verwendung der Arbeitsdefinition von Antisemitismus des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte für die Arbeit staatlicher Behörden zu empfehlen.

## III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, das jüdische Leben in Deutschland in all seinen Ausprägungen weiterhin intensiv politisch zu unterstützen und zu schützen, indem

1. ein Expertengremium aus Wissenschaftlern und Praktikern beauftragt wird, in regelmäßigen Abständen einen Bericht zum Antisemitismus in Deutschland zu erstellen und dabei Empfehlungen zu geben, wie Programme zur Bekämpfung von Antisemitismus entwickelt und weiterentwickelt werden können;
2. der Aufbau und die Pflege jüdischer akademischer, kultureller und gesellschaftlicher Institutionen mit Haushaltsmitteln des Bundes gefördert werden, z. B. der Aufbau der Hebraic Graduate School of Europe in Berlin;
3. dafür geworben wird, dass Lehrpläne in Schulen um Themen zum jüdischen Leben, zur jüdischen Geschichte und zum heutigen Israel erweitert werden und daneben weitere Kenntnisse für ein Demokratieverständnis vermittelt werden, das Kinder und Jugendliche selbstbewusst und frei von judenfeindlichen Einstellungen handeln lässt;
4. geprüft wird, ob die bestehenden Bundesprogramme gegen Antisemitismus den Schutz von Opfern antisemitischer Straftaten ausreichend berücksichtigen und indem die Bundesprogramme auch in diesem Sinne erweitert und verstärkt werden. Dabei ist auch im ersten Quartal 2009 zu prüfen, wie die Finanzierung besonders wichtiger und erfolgreicher Modellprojekte gegen Antisemitismus dauerhaft abgesichert werden kann;
5. die Bemühungen intensiviert werden, um auf ein Ende der Verbreitung anti-israelischer und antisemitischer Propaganda in Deutschland über Drittstaaten-Satelliten hinzuwirken.

## IV. Der Deutsche Bundestag verpflichtet sich erneut,

jeder Form des Judenhasses und des Antisemitismus' schon im Entstehen in aller Konsequenz entschlossen zu begegnen. Wir sind glücklich darüber, wieder jüdisches Leben und jüdische Kultur in Deutschland zu haben. Ein starkes und vielfältiges Judentum wird das Zusammenleben in Deutschland und Europa reicher und den Zusammenhalt in Europa fester machen.

Berlin, den 4. November 2008

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

Presse / Pressemitteilungen  
05.11.2008

22.10.2008

Kristina Köhler, Dr. Hans-Peter Uhl

### **Linke kein Partner im Kampf gegen Antisemitismus**

Zuspitzende Debatte über den Antisemitismusantrag

#### **Anlässlich der sich zuspitzenden Debatte über den Antisemitismusantrag erklären der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Hans-Peter Uhl MdB sowie die zuständige Berichterstatterin, Kristina Köhler MdB:**

In der Öffentlichkeit wird derzeit gezielt der Eindruck erweckt, die Koalition wäre im Streit über einen gemeinsamen Antisemitismusantrag. Diese Unterstellung ist völlig unzutreffend.

Beide Koalitionsfraktionen wollen einen Antrag zur Bekämpfung des Antisemitismus. Ein solcher Antrag wird zurzeit von den Innenpolitikern konstruktiv verhandelt.

Richtig ist aber: Wir wollen ihn ohne Beteiligung der Partei Die Linke. Als diese Partei noch unter dem Namen SED die Geschicke in der DDR lenkte, hat sie Israel das Existenzrecht verweigert und den jüdischen Staat nie anerkannt. Wir halten es für Heuchelei, wenn sich die Linke heute als Vorkämpfer gegen den Antisemitismus geriert.

Die früheren Einheitssozialisten tragen Verantwortung dafür, dass der SED-Unrechtsstaat Syrien im Krieg gegen Israel mit Kampffjets beliefert hat.

Sie tragen Verantwortung dafür, dass jüdische Unternehmer wie zum Beispiel der Gummiwarenfabrikant Julius Fromm nach Kriegsende erneut enteignet wurden.

Statt zu versuchen, das Unrecht der Nazi-Diktatur zu mildern, wurde die Wiedergutmachung gegenüber den Nazi-Opfern vom Zentralkomitee der SED als „Verschiebung von Volksvermögen“ bezeichnet. Befürworter einer Wiedergutmachung wurden mit antisemitischer Propaganda bekämpft und ihnen vorgeworfen, sie fälschten „die aus deutschen und ausländischen Arbeitern herausgedrückten Maximalprofite der Monopolkapitalisten in angebliches Eigentum des jüdischen Volkes um“ (Beschluss des ZK der SED vom 20. Dezember 1952).

Der DDR-Bürgerrechtler und ehemalige Bundestagsabgeordnete der Grünen, Konrad Weiß, nannte die Feindschaft der DDR zu Israel und den Antisemitismus der SED „eines der furchtbarsten Kapitel in vierzig Jahren DDR“. Ein Kapitel, welches bis heute nicht aufgearbeitet wurde.

Bis heute hat die Linke keine klare Trennung von ihrer auch hier unrühmlichen Tradition vollzogen: Stattdessen marschieren heute Abgeordnete der Linken auf antisemitischen Demonstrationen durch Berlin. Sie unterstützen pro-Hamas und pro-Hisbollah Kundgebungen, aus denen heraus das Existenzrecht Israels negiert wird, auf denen "Heil Hitler"- und "Tod den Juden"-Rufe ertönen und bei denen auf Plakaten Davidstern und Hakenkreuz in Verbindung gebracht und mit Hakenkreuz beschmierte Israelfahnen verbrannt werden.

Wir wollen, dass sich die Antisemitismusbekämpfung im Jahr 2008 endlich mit allen Formen des Antisemitismus auseinandersetzt. Hierzu erfolgte am 16. Juni 2008 eine Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag.

Prof. Dr. Julius Schoeps, Direktor des Moses-Mendelsohn-Zentrums, wies zu Recht auf die wechselseitige Beeinflussung hin zwischen einem linken antiimperialistischen Israelkritiker, einem neonazistischen Holocaust-Leugner und einem islamistischen Djihaad-Jünger.

Das Geschwür des Antisemitismus entwickelt sich weiter. Also muss sich auch die Antisemitismusbekämpfung weiterentwickeln. Wir wollen eine Antisemitismusbekämpfung, die alle Aspekte berücksichtigt. Das wird unser Antrag leisten.

[http://www.cducsu.de/Titel\\_Pressemitteilung\\_Linke\\_kein\\_Partner\\_im\\_Kampf\\_gege...](http://www.cducsu.de/Titel_Pressemitteilung_Linke_kein_Partner_im_Kampf_gege...) 05.11.2008



## Rüge vom Zentralrat der Juden

Kurz nachdem der Bundestag seine Resolution gegen Antisemitismus verabschiedet hat, gibt es Kritik vom Zentralrat der Juden über die Ausgrenzung der Linkspartei.

Zu einem offenen Schlagabtausch zwischen Linken und Teilen der Union hat die Resolution des Bundestags gegen Antisemitismus geführt. Einen Tag nach der Verabschiedung des Dokuments äußerte der Zentralrat der Juden in Deutschland am Mittwoch gemischte Gefühle. Generalsekretär Stephan Kramer sagte, grundsätzlich sei die Erklärung zu begrüßen. Die Ausgrenzung der Linken durch die Union hinterlasse aber einen „bitteren Beigeschmack“. Außerdem wurden am Mittwoch die bundesweiten „Aktionswochen gegen Antisemitismus“ eröffnet.

Die meisten Parlamentarier hatten am Dienstag für einen gemeinsam eingebrachten Antrag von Union, SPD, FDP und Grünen sowie einen wortgleichen Antrag der Linken aus Anlass des bevorstehenden 70. Jahrestages der Reichspogromnacht am 9. November 1938 gestimmt. Ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen war nicht zustande gekommen.

### **Linkspartei: antikommunistische Hexenküche**

Die Linke-Abgeordnete Ulla Jelpke, die zusammen mit zehn weiteren Fraktionskollegen die Abstimmung über die Resolution boykottiert hatte, erklärte: „Die Union führt ein Possenspiel aus der antikommunistischen Hexenküche vor, dessen Gewinner feststehen: Es sind die Nazis und Antisemiten aller Couleur.“

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Uhl, erklärte, die Gruppe habe in einer eigenen Erklärung ein Bekenntnis zur Solidarität mit Israel verweigert. Das Existenzrecht Israels sei offengelassen und eine Absage an Sympathiebekundungen für Organisationen wie Hamas und Hisbollah sei abgelehnt worden.

### **„Koalition gespalten“**

Kramer bedauerte, dass mit der Ausgrenzung der Linken die Bundestagsresolution unter Vorbehalt gestellt worden sei. Der Union warf Kramer eine „gewisse Janusköpfigkeit“ vor. So habe der CSU-Politiker Uhl die Ausgrenzung der Linken gerechtfertigt, weil deren Absage an den Antisemitismus unglaublich sei. Am iranischen Präsidenten Mohammed Chatami habe Uhl bei dessen Besuch in Deutschland hingegen keine Kritik geübt.

„Besonders bitter“ ist es nach den Worten Kramers, dass es mit der Abspaltung der Linken den Rechtsextremisten gelungen sei, in der Koalition der demokratischen Parteien Zwietracht zu säen. Am Sonntag wollen Bundesregierung und Zentralrat der Juden in einer Berliner Synagoge der Pogrome gedenken. Kanzlerin Angela Merkel und Zentralrats-Präsidentin Charlotte Knobloch sollen sprechen.

## **Ziercke fordert Vereinheitlichung**

Der Präsident des Bundeskriminalamts, Jörg Ziercke, berichtete, die Zahl der antisemitischen und fremdenfeindlichen Straftaten sei 2007 um sechs Prozentpunkte auf 1561 gesunken. Die Zahl der Gewalttaten jedoch sei von 44 auf 61 gestiegen. Er forderte eine Vereinheitlichung unter den Strafverfolgungsbehörden hinsichtlich der Beurteilung von sogenannten Schulhof-CDs mit rechtsextremistischen Inhalten.

4,11,08

Bundestag

## **Einstimmige Antisemitismus-Resolution trotz Uhls Vorwürfen**

Die Fraktionen im Bundestag haben einstimmig eine Resolution zum Kampf gegen den Antisemitismus in Deutschland verabschiedet. Sowohl SPD und FDP als auch die Grünen übten Kritik an Unions-Innenexperten Hans-Peter Uhl (CSU) für seine Vorwürfe gegenüber der Linkspartei. Uhl wirft der Linkspartei antisemitische Tendenzen vor.

Anlässlich des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht hat der Bundestag einen entschiedenen Kampf gegen den Antisemitismus in Deutschland angemahnt. Antisemitismus sei „noch immer ein ernst zu nehmendes gesellschaftliches Problem in Deutschland“, heißt es in einem am Dienstag von allen Fraktionen verabschiedeten Resolution. Der von Union, SPD, FDP und Grünen erarbeitete Antrag war von den Linken getrennt, aber wortgleich eingebracht worden, weil die CDU/CSU nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen bereit war. Der Unions-Innenexperte Hans-Peter Uhl (CSU) bekräftigte seinen Vorwurf antisemitischer Tendenzen bei den Linken, erntete dafür aber Widerspruch bei allen anderen Parteien.

In dem Antrag fordert der Bundestag die Regierung auf, ein Expertengremium damit zu beauftragen, in regelmäßigen Abständen einen Bericht zum Antisemitismus in Deutschland zu verfassen. Außerdem solle der Bund den Aufbau jüdischer Institutionen aus Kultur und Wissenschaft fördern. Zudem solle dafür geworben werden, das Thema jüdisches Leben stärker im Schulunterricht zu thematisieren. Vom Bund finanziell unterstützte Projekte gegen Antisemitismus könnten nur dauerhaft erfolgreich sein, wenn sie gesamtgesellschaftliche Unterstützung erfahren und längerfristig finanziert werden. Modellprojekte, sollten dauerhaft abgesichert sein. „Der Aufschwung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Deutschland ist ein Grund zu großer Freude“, heißt es in dem Text weiter.

Oft gehe der Antisemitismus „mit Antiamerikanismus und Antizionismus“ einher, heißt es in der Erklärung weiter. „Die Solidarität mit Israel ist ein unaufgebbarer Teil der deutschen Staatsräson. Wer an Demonstrationen teilnimmt, bei denen Israelfahnen verbrannt und antisemitische Parolen gerufen werden, ist kein Partner im Kampf gegen den Antisemitismus“, heißt es in dem Text. „Die Solidarisierung mit terroristischen und antisemitischen Gruppen wie der Hamas und der Hisbollah sprengt den Rahmen zulässiger Kritik an der israelischen Politik.“

Uhl warf der Linken in der Debatte vor, sie spiele gelegentlich „auf der Schalmei einer überzogenen Israelkritik“. Er erneuerte seinen Vorwurf, die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke

habe gemeinsam mit Hisbollah-Anhängern demonstriert. Er verwies zugleich auf den „verkappten Antisemitismus“ der DDR. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast warf Uhl vor, er sei „selbstgerecht“. „Alle dürfen erwarten, dass wir uns einig sind.“ Die SPD-Abgeordnete Gabriele Fograscher sagte, Uhl versuche, die Linke „mit fragwürdigen Argumenten auszugrenzen“. Der FDP-Abgeordnete Christian Ahrendt nannte Uhls Argumentation „kleinmütig“.

Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) bezeichnete die Vorwürfe des CSU-Politikers an ihre Partei als „geschichtsvergessen, kurzsichtig und würdelos“. Die Linksfraktion stimmte mehrheitlich für den Text, allerdings gaben elf Fraktionsmitglieder zu Protokoll, dass sie nicht an der Abstimmung teilnehmen.

Leser-Kommentare (16)

RSchalk | [546 Kommentare](#) (06.11.2008 14:45)

Gerechte

War ja auch wieder ein Glanzstück der Gerechten! Israel wird in einem Friedensporzeß genauso Konzessionen machen müssen wie die Palestinenser. Und die Parteien im Bundestag, die die Mitwirkung der Linken mit fadenscheinigem Grund abgelehnt haben, müssen sich fragen lassen, ob dieser Umgang mit einer Partei, die im Bundestag und in Länderparlamenten nach ordentlichem Wahlverfahren vertreten ist, dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit entspricht.

## Mit Bestürzung und Trauer

Gemeinsame Erklärung von Erzbischof Robert Zollitsch, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz und Bischof Wolfgang Huber, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, zum 70. Jahrestag der November-Pogrome.

Berlin ([www.kath.net/dbk](http://www.kath.net/dbk))

Denk an deine Gemeinde, Gott, die du vorzeiten erworben!  
Deine Widersacher lärmten an deiner heiligen Stätte,  
stellten ihre Banner auf als Zeichen des Sieges.  
Sie sagten in ihrem Herzen: „Wir zerstören alles.“  
Und sie verbrannten alle Gottesstätten ringsum im Land.  
Wie lange, Gott, darf der Bedränger noch schmähen,  
darf der Feind ewig deinen Namen lästern? (aus Psalm 74)

Der 9. November ist ein denkwürdiges Datum in der deutschen Geschichte. Im Jahre 1918 wurde an diesem Tag die Republik ausgerufen. Für uns Heutige ist vor allem der 9. November 1989 mit lebhaften Erinnerungen verbunden – der Tag, an dem die Berliner Mauer geöffnet und ein neues Kapitel der Freiheit und Einheit in Deutschland aufgeschlagen wurde. Im Jahr 2008 aber muss unser Blick sich in besonderer Weise auf die dunkelste Epoche unserer Geschichte richten. Während die Jahrestage 1918 und 1989 deutsche und europäische Aufbrüche der Freiheit und des Rechts symbolisieren, steht der 9. November 1938 für Hass und Gewalt, für Niedertracht und das Erblinden des Gewissens. Er war ein Widerruf jener Freiheitsversprechen, mit denen die erste deutsche Republik einst angetreten war, und bedeutete für die deutschen Juden, dass sie keine sichere Heimstatt im eigenen Lande mehr besaßen.

In den November-Pogromen von 1938 wurden wehrlose Menschen gedemütigt, gepeinigt und ermordet, Gotteshäuser geschändet und zerstört. Die schrecklichen Bilder von brennenden Synagogen haben sich in unser Gedächtnis gebrannt. Sie lehren auch heute: Wo es keinen Respekt vor dem Heiligen und dem für den menschlichen Zugriff Unverfügbaren gibt, dort gibt es auch keinen Respekt vor den Menschen.

Die Pogrome waren nicht nur bewusst geplant, sondern ihnen gingen auch Jahre der propagandistischen und politischen Vorbereitung voraus – eine Zeit der offenen antisemitischen Hetze, der systematischen rechtlichen Ausgrenzung, menschenverachtenden Diskriminierung und Verfolgung. Die November-Pogrome waren zugleich der Auftakt zum Holocaust, zu einer Epoche ungeahnter Zerstörung und Vernichtung, an deren Folgen Europa, die Welt und vor allem die jüdische Gemeinschaft noch heute zu tragen haben.

Unzählige Menschen sind Opfer des Nationalsozialismus geworden. Anlässlich der Pogrome des Jahres 1938 richtet sich unser Gedenken besonders auf die Juden, deren systematische Verfolgung und Ermordung ein beispielloses Menschheitsverbrechen darstellen. Ihr Leiden, ihre Einsamkeit und ihre Verzweiflung angesichts einer Gewaltmaschinerie, die mit

Demütigung und Entrechtung begann und mehr und mehr von absolutem Vernichtungswillen angetrieben wurde, erfüllen uns mit Bestürzung und Trauer.

Die offen zur Schau gestellte Gewalt des November 1938 fand in der deutschen Bevölkerung weniger Rückhalt als die rechtliche Diskriminierung, der die Juden seit 1933 ausgesetzt waren. Doch es gab viel schweigendes Zuschauen und achselzuckendes Hinnehmen. Neben den Schlägern, Brandschätzern und Marodeuren sowie jenen, die ihnen verdeckt oder gar offen lebhaften Beifall zollten, gab es nicht wenige, die der Anblick des staatlich verordneten Terrors irritierte; eine grundsätzliche Erschütterung des Vertrauens in den nationalsozialistischen Staat war damit allerdings meist nicht verbunden. Und es gab auch die – gerade auch in den christlichen Kirchen –, die die Gewalttaten entschieden ablehnten, jedoch in Furcht und einem Gefühl der Ohnmacht verharrten. Aber es war auch die Stunde jener Wenigen, die den Zerstörungen Einhalt gebieten wollten und den Bedrängten Unterschlupf gewährten.

Als Christen und Kirchen erinnern wir uns dankbar des katholischen Priesters und Berliner Dompropstes Bernhard Lichtenberg, der am Abend des 9. November 1938 öffentlich für die Juden und die nichtarischen Christen betete und dafür wegen volksfeindlicher Hetze angeklagt wurde. Seinen Weg an der Seite der Verfolgten hat er später mit dem Leben bezahlt. Ebenso berührt uns der Mut des evangelischen Pfarrers Helmut Gollwitzer, der in einer Predigt wenige Tage nach den Pogromen für die Verfolgten Stellung bezog und die Gemeinde in Berlin-Dahlem davon überzeugte, die Familienangehörigen inhaftierter Juden zu unterstützen. Das Zeugnis dieser und anderer Christen und Kirchenvertreter kann das Verzagen oder Versagen anderer nicht zudecken. Es erinnert uns immerhin daran, dass die Stimmen von Humanität und Nächstenliebe auch im Angesicht des schlimmsten Abgrundes der Unmenschlichkeit nie ganz verstummt sind.

Unsere Erinnerung an die Reichspogromnacht 1938 würde ins Leere laufen, wenn wir sie nicht mit der Frage nach der praktischen Solidarität verbänden, die wir den in unserer Zeit zu Unrecht Verfolgten und den Opfern von Gewalt schulden. Leider sind Antisemitismus und Rassismus auch heute nicht überwunden. Auch in Europa prägen Ausgrenzung und Diskriminierung den Alltag vieler Menschen. Die Sünde der Gleichgültigkeit gegenüber dem Leid der Anderen stirbt nicht aus. Allzu schnell legt sich der Schleier der Abgrenzung über unsere Augen und versperrt die Sicht auf das Antlitz des Nächsten.

Jedem Menschen, gleich welcher Hautfarbe, Volkszugehörigkeit oder Religion, ist das Bild Gottes eingeprägt. Keiner darf preisgegeben werden. Davon in Wort und Tat Zeugnis abzulegen, sind wir als Christen in besonderer Weise gefordert. Die Erinnerung an die Schreckensnacht und ihre Folgen ist gerade auch heute, da die Zeitzeugen allmählich verstummen, von großer Bedeutung. Mahnt sie uns doch, alles zu tun, um eine Gesellschaft in Freiheit und gegenseitiger Achtung zu gestalten, die sich ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen stellt.